

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Neutrales Freies Österreich
www.nfoe.at
10-12/2008 / Nr. 23

Verfassungsklage wurde eingereicht!



Liebe Leser!

Wir haben es geschafft. Am 23. Oktober lag der anwaltliche Akt mit der 372 Seiten umfassenden Klageschrift von Professor K.A. Schachtschneider bereit. Alle Vollmachten der 16 Kläger (des sog. Klägerkomiteés) an den Anwalt waren erteilt, 25 Redaktionen verständigt und zur Pressekonferenz im Anschluß an die Einreichung eingeladen sowie die gemeinsame Vorgangsweise unter den Hauptverantwortlichen der Plattformorganisationen minutengenau abgesprochen. Wobei ich betonen möchte, dass für dieses gemeinsame Projekt die organisatorische Hauptlast dankbarerweise Frau Inge Rauscher (IHU) übernommen hatte.

Um 9.00 Uhr konnte die Klage so-

mit im Beisein des Anwalts Dr. Franz Watschinger und von Univ.-Prof. Dr. Karl Albrecht Schachtschneider beim VfGH in Wien (9.00 Uhr) eingereicht werden.

Diese Klage richtet sich gegen die Ratifizierung des EU-Beitrittsvertrages sowie der EU-Verträge von Amsterdam, Nizza und Lissabon durch offizielle Organe der Republik Österreich wegen massiver Verstöße gegen die geltende österreichische Bundesverfassung.

Es war für uns alle ein sehr bewegender und zugleich Hoffnung schöpfender Moment!

Die Klage hat also zum **Ziel**, die genannten EU-Verträge wegen klarer Verstöße gegen Artikel 1 und 2 der Bundesverfassung und weiterer Baugesetze der Republik Österreich für

unanwendbar zu erklären und folglich eine Wiederherstellung des grundrechtlichen Zustandes Österreichs zu fordern.

Die Klage richtet sich also inhaltlich nicht allein gegen den Vertrag von Lissabon, sondern gegen die gesamte „integrationspolitische Entwicklung“, **wie sie uns durch alle bisherigen EU-Verträge aufgezwungen wurde!**

Das bedeutet, dass diese Verfassungsklage die wohl umfassendste, offizielle, rechtsstaatliche Widerstandsleistung gegen die EU insgesamt in Österreich ist!

Den gesetzlichen Formvorschriften entsprechend, hatte der Innsbrucker Anwalt Dr. Watschinger die Vertretung des **Klägerkreises** übernommen. Zu diesem gehören die Universitätsprofessoren **Erwin Bader, Alfred Haiger, Anton Moser, Peter Pernthaler** und **Karl Socher** sowie 11 namhafte Vertreter insbesondere der vier Plattform-Organisationen (NFÖ, IHU, PRO LEBEN, IDD).



Univ.-Prof. K.A. Schachtschneider und RA Dr. F. Watschinger (die 372-seitige Klageschrift in seiner Hand) wenige Minuten vor der Übergabe an den Verfassungsgerichtshof.

Inhalt:

- Verfassungsklage eingereicht ..S. 1/2
- Weltfinanzkrise S. 2/3
- Ende des US-Jahrhunderts S. 3/4
- Unanständige Geschäfte S. 4
- Wußten Sie? S. 4
- Lesermeinungen S. 5
- Positives, Erfreuliches S. 5/6
- Wir gratulieren S. 5
- Impressum S. 6

Als Experte für das österreichische Verfassungsrecht ist Univ.-Prof. Dr. Peter Pernthaler (Universität Innsbruck) dem Klagstext-Verfasser Professor Schachtschneider beratend zur Seite gestanden, wofür wir ihm und Prof. Schachtschneider an dieser Stelle im Namen aller Partnerorganisationen großen Dank sagen möchten.

Wie wird es mit der Klage weitergehen?

Nachdem die Beratungen des Verfassungsgerichtshofes in dreiwöchigen Sessions vier Mal pro Jahr stattfinden, und z.B. die Entscheidungen sogar auf zwei sehr kurzgefasste Beschwerden gegen den Lissabon-Vertrag erst nach 5 Monaten bekanntgegeben wurden (*im Übrigen hat der VfGH diese Klagen Anfang November d.J., aus formalen Gründen abgewiesen*) werden wir mit unserer umfassenden „Schachtschneider-Klage“

doch länger auf das Urteil warten müssen. Das war uns von Anfang an bewußt. **Doch auf das Urteil bzw. das VfGH-Erkenntnis selbst kommt es an!**

Was wir allen unseren interessierten Lesern ans Herz legen möchten: Helfen Sie mit, die Klagsschrift **möglichst stark zu verbreiten**. Prof. Schachtschneider hat uns eine vierseitige **Kurzfassung** und eine 28-seitige **Mittelfassung** der Klagsschrift zur Verfügung gestellt, die wir Ihnen auf Wunsch gerne zusenden. Wer über einen Internetanschluß verfügt, kann sie auch von den Netzseiten (www.nfoe.at und www.webinformation.at) herunterladen. Und wir können Ihnen auch eine **Video-DVD** über den Uni-Vortrag von Prof. Schachtschneider, am 22.10. 2008, die Einreichung und die Pressekonferenz gegen Selbstkosten anbieten.

Am Schluß sei mir erlaubt, noch einmal die Bitte um Ihre großzügige Unterstützung auszusprechen. Die Kosten der Verfassungsklage (Honorare, Gebühren und sonstige Aufwendungen z. B. für die Pressekonferenz.) sind nun weitgehend erfasst, sie werden sich auf etwas über 18.000 Euro belaufen. Dafür müssen die vier Plattform-Organisationen aufkommen.

Wir haben derzeit etwa die Hälfte unseres Anteils von unseren Sympathisanten gespendet bekommen. Dafür danken wir sehr! **Zur Abdeckung der restlichen Kosten bitte ich Sie wieder, sehr geschätzte Leserin, sehr geschätzter Leser um finanzielle Hilfe nach Ihrem Ermessen.**

Vielen herzlichen Dank im Voraus!

*Ihr Dipl.-Ing. Rudolf Pomaroli
Bundesobmann*



Podium der Pressekonferenz im Presseclub Concordia am 23. Oktober 2008.

Von links: J.Plank, F.Watschinger, I.Rauscher, K.A.Schachtschneider, R.Pomaroli, H.Schramm, R.L.Tomasch. (Foto: M. Handschuh)

Weltfinanzkrise – Ursachenbehebung oder Symptombekämpfung?

Jene Maßnahmen, die zur Zeit von nationalen Finanzministern und EU-Politikern zur Bewältigung der größten Finanzkrise seit 1929 getroffen werden, sind in ihrer Dimension kaum mehr nachvollziehbar.

Möglicherweise sind sie notwendig um Panikreaktionen bei Sparern zu vermeiden und das verlorengangene Vertrauen zwischen den Banken wieder herzustellen. Was ganz und gar nicht heißt, dass diese Gelder ohne

Rückzahlungsverpflichtungen und strenge Auflagen wie z.B. Mitspracherechte, Zinszahlungen, Verboten von hochspekulativen Derivatgeschäften „verschenkt“ werden dürfen.

In Zukunft müssen Sicherheits- und Stabilitätskriterien vor Renditeüberlegungen im Vordergrund stehen!

Ganz offensichtlich sind die **Baugesetze der EU**, konkret die zum obers-

ten Prinzip erhobene „**Freiheit des Kapitalverkehrs**“ eine der tiefgreifenden Ursachen. Was die gegenwärtige Finanzkrise betrifft, ist die EU also **Teil des Problems und nicht Teil der Lösung!**

Ein Skandal besonderen Ranges ist die Windfahnen-Politik von Fachministern in der österreichischen Bundesregierung. Trotz deutlicher Warnungen der IVA (Österr. Interessenverband für Anleger) stimmten sie im Juni 08 einem Investmentfondsgesetz – Neu



zu, in dem „das EU-Recht konsistent umgesetzt ...und die strengen Leerverkauf- und Belastungsverbote zugunsten erlaubter Derivatgeschäfte gelockert wurden“. („Die Presse“, 25. 6.2008)

Drei Monate später bezeichneten dieselben Minister Leerverkäufe und andere Finanz-Grauslichkeiten als brandgefährlich und sprachen wieder Verbote aus. Reale Politik oder Polit-Cabaret?

„Lasst mich eines Volkes Währung kontrollieren, dann interessiert mich nicht, wer seine Gesetze macht.“

Meyer Amschel Rothschild,
Gründer eines internat. Bankhauses;

Bank-Neubau in Wien



Solche Luxus-Bauten sollten der Vergangenheit angehören, oder ist Sparen nur für die „Kleinen“ zwingend vorgeschrieben? (s. auch „Milliarden Prämien für Banker“ S. 4)

Das Ende des „amerikanischen Jahrhunderts“ ist in Sicht

Der 19. September 2008 war ein denkwürdiger Tag. An ihm schnellten die Aktienkurse in bisher noch nie gekanntem Ausmaß in die Höhe, nachdem bekannt wurde, dass die Regierung der USA (= der amerikanische Steuerzahler) die gigantische Summe von 700 Milliarden (= 700 000 000 000) Dollar zur Verfügung stellen würde, um die amerikanische Finanzindustrie vor dem Absturz zu bewahren.

Und wie lechzten sie nach „Vater Staat“, der den Karren aus dem Dreck ziehen soll, in den sie, diese verantwortungslosen und geldgierigen Manager und Makler des Finanzsystems, ihn hineingefahren haben.

Sie, die bisher beständig seine immer zaghafteren Versuche der Aufsicht und Kontrolle mit Arroganz als wirtschaftsschädigend **zurückgewiesen** haben! Und ausgegangen ist alles ausge-rechnet vom **Weltzentrum des „freien Marktes“**, der angeblich alles wie von Zauberhand zur Zufriedenheit aller Beteiligten selbst regelt. Es klingt un-glaublich!

Der ganze Vorgang stellt nicht weniger als eine vollständige Bankrotterklärung des derzeitigen neoliberalen, globalen Wirtschafts- und Finanzsystems durch die Realität dar, sowohl in seiner faktischen Ausprägung, als auch in seiner Ideologie. Ein wesentlicher Teil der amerikanischen Identität von den

calvinistischen Pilgervätern bis heute ist bis ins Mark getroffen worden.

Doch selbst jetzt noch nach diesen vielen grässlichen (Fast-)Zusammenbrüchen ist die Gefahr noch nicht ausgeräumt, dass dieses System weiterzumachen versucht, als wäre nichts gewesen. Man ist eben immer noch nicht bereit, aus Erfahrungen zu lernen. Es bleibt zu hoffen, dass ihm das nicht gelingen wird, weil es **ab nun unter Sachwalterschaft der Realwirtschaft gestellt** ist. Und die schaut nicht allzu rosig aus.

Selbst wenn die staatlichen Finanzspritzen nur teilweise in Anspruch genommen werden, sind die eingesetzten Summen so hoch, dass der US-Staatshaushalt bald die Grenzen seiner Belastbarkeit erreichen dürfte. Das Haushaltsdefizit hat sich bereits



Das neue Symbol für die einstige Weltmacht? Wird der monetäre Freiheitswahn den USA zum Verhängnis werden? Grafik: „Die Zeit“, Oktober 08

vor der Finanzkrise fast verdreifacht. Dabei ist noch ungewiss, ob die Rettungsaktionen für die Finanzindustrie überhaupt greifen werden.

Das hat natürlich auch seine Auswirkungen auf die Wirtschaftslage. Es ist je nach Szenario für viele Jahre mit steigender Inflation (oder auch Deflation), höheren Steuern, Rezession mit Einkommensverlusten und Massenarbeitslosigkeit zu rechnen. Die US-Privatwirtschaft baut bereits markant Stellen ab. Die Industrieproduktion verzeichnet schon seit längerem einen deutlichen Rückgang. Die USA laborieren an einer darniederliegenden, öffentlichen Infrastruktur, einem wenig leistungsfähigen Bildungs- und Gesundheitswesen und einem unterentwickelten Sozial- und Pensionssystem. Rüstung und Kriege z.B. im Irak und in Afghanistan, verschlingen Unsummen.

Die USA scheinen das Schicksal jedes Imperiums zu erleiden: Es geht an Überdehnung zugrunde. Es wird in absehbarer Zeit auf das Niveau einer Mittelmacht absinken. Daran kann auch der um die Wahl des neuen Präsidenten Barack Obama ausgestreute Zweckoptimismus nichts ändern. Bei uns Bewohnern des „alten Kontinents“ kann jedoch darüber keine Freude aufkommen. Seitdem sich Europa als **„Außenposten des Imperiums“** an die Rockzipfel der USA geheftet

hat, ist es auf Gedeih und Verderb an sein Schicksal gebunden. **Löst sich ein Imperium auf, dann werden die verbliebenen Ressourcen in sein Inneres zusammengezogen, die Ränder sind von seinem Niedergang zuerst und am schwersten**

betroffen. So gibt es deutliche Anzeichen, dass Europa unter der zu erwartenden Rezession stärker und länger leiden wird als das „Mutterland“.

Den Menschen wäre besser gedient, würden die Finanzmärkte wieder unter

Sachwalterschaft der Realwirtschaft und nationaler Kontrolle gestellt, sowie in Europa die Zusammenarbeit mit dem aufstrebenden, rohstoffreichen Russland vor seiner Haustüre verstärkt werden, **ohne sich in Abhängigkeit zu begeben.** (nos)

„Es spricht für die Österreicher, dass sie nach 14 Jahren erkannt haben, wie sie vor der EU-Volksabstimmung belogen und betrogen wurden. Beteiligt an dieser größten Lügenkampagne aller Zeiten haben sich vor allem der „Ohne Wenn und Aber“ Vranitzky, die „1000 Schilling im Monat mehr“ Brigitte Ederer und der damalige Außenminister Alois Mock.“

Prof. Dr. Hermann Knoflacher, Wien; aus DgW 39/08

Unanständige Geschäfte – raschest gegensteuern

Die globale Wirtschaft ist so stark miteinander verbunden, dass jede lokale Krise zu einer weltweiten Krise wird – wie wir es derzeit erleben. Mit dem EU-Beitritt wurde uns u.a. der Schutz vor solchen Krisen versprochen. Ein Versprechen, welches nicht gehalten werden kann, **da in der EU eine immer stärker arbeitsteilige Wirtschaft propagiert** wird, die die Abhängigkeit vom Ausland vergrößert statt verkleinert.

Dazu kommen die massiven finanziellen Verflechtungen und der freizügige Geldverkehr, der ungehindert von z.B. einer Tobinsteuer, das Geld weltweit zirkulieren lässt. Die Gier vieler Marktteilnehmer (Banken, Konzerne etc.) führt zu Hochrisiko-Veranlagungen, die ähnlich einem Glücksspiel manchmal Gewinne ermöglichen, aber viel öfter große Verluste ergeben.

Solange solche Spiele unter reichen Börsenspekulanten stattfinden, sind wir davon kaum betroffen. Leider findet man aber auch biedere, österreichische Banken, staatsnahe Unternehmen und vielleicht auch Pensionsfonds unter den Spielern. Die spielen mit unserem Geld und wenn sie vor dem Konkurs stehen, dürfen wir noch einmal zahlen (Staatsgarantien), da ein Zusammenbruch dieser Institutionen einen noch größeren Schaden verursachen würde.

Zu einer weiteren Zeitbombe könnten sich die vielzitierten „Cross Border Leasing“-Geschäfte entwickeln. Staatsnahe österreichische Unternehmen und auch viele öffentliche Haushalte haben Infrastruktur und Fahrzeuge **an amerikanische Anleger verkauft** (dort gab es steuerliche Begünstigungen für die Anleger, die inzwischen abgeschafft wurden) und dann langfristig zurück-

geleaset. Durch die seinerzeitige amerikanische Steuerbegünstigung konnte ein Gewinn auf Kosten der amerikanischen Steuerzahler erzielt werden, der diese obskure Finanzkonstruktion rentabel erscheinen ließ. Jetzt haben die **amerikanischen Eigentümer österreichischer Infrastruktur-Einrichtungen** im Zuge der Finanzkrise massive Probleme, deren Auswirkungen auf Österreich derzeit noch gar nicht abgeschätzt werden können.

Dagegen hilft ein Abrücken von den grenzenlosen „Freiheiten“ der Wirtschaft, die Schaffung von entsprechenden Regelungen und Kontrollinstrumenten, die Bestrafung der **„Spieler mit fremden Geld“**, die Rückkehr zu langfristigen Zielsetzungen (Nachhaltigkeit) und eine Verbesserung der Autarkie unseres Landes. Dies wird sich wahrscheinlich nur durch einen Austritt aus der EU ermöglichen lassen. (fg)

WUSSTEN SIE . . . ?

Milliarden-Prämien für Wall-Street-Banker, trotz exorbitanter Verluste

Trotz des Finanzchaos an der Wall Street streichen die Banker nach einem Zeitungsbericht der britischen „Guardian“ noch immer milliardenschwere Boni und Prämien ein. Rund 70 Mrd. Dollar machen die Bezüge der Mitarbeiter der sechs größten US-Banken in diesem Jahr aus! Das entspricht etwa zehn Prozent des US-Rettungspakets! (Quelle: news.ch, 18.10.2008)

Wofür bekamen diese Banker Gehaltszuschüsse und Prämien? Als Lohn dafür, dass sie Privat- und Geschäftskunden ihres Landes dem gierigen Rachen der internationalen Investoren (Finanzkapital-Haie?) ausgeliefert haben?

Lesermeinungen

Präsident Vaclav Klaus lässt sich von der EU nichts diktieren

Es gibt sie noch, die Politiker, vor deren Courage und Wahrheitsliebe die Bürger den Hut ziehen.

Weil der tschechische Präsident Václav Klaus eine Beflaggung seines Amtssitzes, der Prager Burg, während der EU-Präsidentschaft im ersten Halbjahr 2009 verbietet, wird er von EU-Duckmäusern beschimpft und als europafeindlich hingestellt.

Seine souveräne Antwort auf die hochgespielte Entrüstung: „Es gibt keinen Grund für eine EU-Fahne, ... das EU-Europa wird in Wahrheit von vier Großmächten kontrolliert: Deutschland, Frankreich, Großbritannien und Italien, ... die Ratspräsidentschaft von kleinen Ländern ist ohne Bedeutung.“

Vielleicht nimmt sich der ein oder andere politische Weichling in Österreich ein Beispiel am EU-Feind = Europa-Freund Václav Klaus, übrigens auch Ehrendoktor der Universität Innsbruck. Es geht um das ramponierte Ansehen Österreichs in der Welt (nach einem 14-Jahre dauernden Brüssel-Unterwerfungsritual nicht verwunderlich) und noch mehr um die Wiedergewinnung des Vertrauens der Bürger in die eigenen Politiker.

(Meinhard Holzknicht, Tirol)



Prag zur Weihnachtszeit

USA-Wahl: 13 Kandidaten sind angetreten !

Seit Beginn des Wahlkampfes für die heurige Präsidentenwahl in den USA wurde praktisch in allen Medien unrichtigerweise immer von „den beiden“ bzw. „den 2 Kandidaten“ berichtet. In Wirklichkeit kandidierten jedoch 13 Politiker, davon werden 9 von politischen Parteien aufgestellt und 4 sind unabhängige Einzel-

kämpfer. 11 Kandidaten werden somit „**nicht einmal ignoriert**“.

Richtig ist jedoch, daß nur die zwei in der Berichterstattung vorkommenden Kandidaten der Großparteien tatsächlich Chancen auf den Wahlgewinn hatten. Schuld daran ist vor allem das äußerst undemokra-

tische **Mehrheitswahlrecht**, das den Einfluß der Konzerne auf die Politik immens stärkt und es kleinen Parteien, die nur wenig Konzernspenden erhalten, fast unmöglich macht, politischen Einfluß zu nehmen.
(P.B., Oberösterreich)

Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes ...

Alternativgeld und Tauschhandel bewähren sich in Krisenzeiten

Die kleine Gemeinde Lewes in Südengland druckt spezielle Geldscheine, die als Zahlungsmittel im Ort gelten.

Sie sind auf echtem Banknotenpapier gedruckt – komplett mit Wasserzeichen und hitzeempfindlichen Fasern. Bezahlen kann man mit dem neuesten Geld der Welt nur in dieser Kleinstadt südlich von London: Mit den **Lewes Pounds** will die gleichnamige Gemeinde in der Grafschaft East Sussex **die lokale Wirtschaft ankurbeln**.

Vorläufig bis August nächsten Jahres sollen zehntausend Ein-Pfund-Noten in Umlauf bleiben. Dann wollen die Organisatoren entscheiden, ob das Experiment auf Dauer fest-

Auf der ao. Bundesversammlung in Puchberg am Schneeberg wurden Helmut Schramm und Dr. Adolf Kriechhammer zu Bundesobmann-Stellvertretern gewählt.



Helmut Schramm
Wien



Adolf Kriechhammer
Salzburg

Wir gratulieren herzlich und wünschen viel Freude an der neuen Aufgabe!

gesetzt werden soll. Lewes folgt dem Beispiel der Gemeinde Totnes in der Grafschaft Devon, die seit März vergangenen Jahres eigenes Geld druckt – offensichtlich mit Erfolg.



Alternativwährung „Sponti“
(PrivatEntwurf - K.R./Graz)

Es wäre nicht das erste Mal in der Geschichte des Ortes, dass sich Lewes mit seiner eigenen Währung ausgeklinkt hätte. Zwischen 1798 und 1896 druckte die örtliche Bank of Lewes ihr eigenes Geld. Generell war es bis zum Ende des 19. Jahrhunderts keine Seltenheit, dass britische Gemeinden eine eigene, lokale Währung hatten. Großbritannien hat auch landesweit kein Problem mit einer Vielzahl von Pfundnoten: Schottland, Nordirland, die Isle of Man und die Kanalinseln drucken eigene Banknoten.
(Quelle: Süddeutsche.de; 11.9.2008)

Und wer im englischen Ort Edgesfield ein kühles Krügerl im Beisl genießen

will, kann dies **im Tauschweg** gegen ein Kilo Kartoffel, oder drei Makrelen und andere Lebensmittel machen. Der kreative Wirt in dieser Agrargemeinde erlebt einen wahren Ansturm, berichtet die Medien.

(Quelle: Kronenzeitung, 16.8.2008)



Totnes in der Grafschaft Devon

Schweizer stimmen über biometrische Pässe ab

In der Schweiz dürfen die Staatsbürger in einem Referendum (Volksentscheid) ihren Willen kundtun, inwiefern sie biometrische Pässe wollen oder nicht. Widerstand gegen diese gläserne Form von Pässen nach dem EU-Modell kommt sowohl aus dem liberalen als auch dem konservativen Lager. Den einen geht die staatliche Kontrolle zu weit, und die Konservativen kritisieren, dass die Ausweise der Schweiz von den USA und der EU aufgezungen worden seien.

50.000 Unterschriften genügen in der Schweiz, um ein Bundesgesetz zu Fall zu bringen bzw. im Sinne des Volkes zu verbessern. Vorausgegangen war ein Beschluss des Parlaments im vergangenen Juni, nach dem Schweizer Reisepässe und Identitätskarten wie in den übrigen Schengen-Staaten ab 2010 biometrische Daten, z.B. elektronisch gespeicherte Fingerabdrücke, enthalten sollen. Als erster möglicher Abstimmungstermin kommt der 17. Mai 2008 in Frage. (se)



In eigener Sache

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns bitte!

Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wengleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. Wir erhalten keinen Cent aus Steuer-mitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.

Bitte Adressenänderung frühzeitig bekanntgeben

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität, unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich. Fotos: privat
Impressum: Verantwortlich für Inhalt und Gestaltung: Bündnis Neutrales Freies Österreich – NFÖ, A-6010 Innsbruck, Postf. 110
Tel. 0699-10086924, buendnis@nfoe.at – DVR3000098. Bankverb.: Volksbank, BLZ 42390, Kto.Nr.: 29637. Druck: Bubnik, 5323 Ebenau